

2 Begriffliche Klärungen

2.1 Zur Bedeutung der kommunalen Ebene

Gemeinden, Städte und Kreise sind in Deutschland territoriale Gebietsgliederungen und stellen Verwaltungseinheiten der Bundesländer dar. Sie werden häufig unter dem Begriff „lokale Ebene“ subsumiert und erfüllen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip als untere staatliche Ebenen eigenständige, aber auch übertragene öffentliche Aufgaben (Diekmann 1998:299, Holtmann 2012:208). Die lokale Ebene ist funktional in das politische Gesamtsystem eingebettet, indem sie den Bürgern Leistungen beispielsweise im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstellt. Örtliche Problemlagen werden jedoch nicht nur auf lokaler Ebene, sondern, wie Holtmann bereits 1998 konstatierte, zunehmend in einem gemeinsamen Verbund zwischen kommunaler Politik und Landes- sowie Bundespolitik gelöst (215). Kannen hebt dabei die besondere Bedeutung der lokalen Ebene als Grundlage des demokratischen Staates hervor, da sich in „der Gemeinde [...] die Demokratie von unten nach oben verwirklichen [lässt, A.K.], d.h. wenn Demokratie in der Gemeinde funktioniert, kann sie auch auf höherer Ebene funktionieren [...]“ (1996:18). Darüber hinaus besitzt die lokale Ebene durch ihre Nähe zum Bürger eine „nicht zu vernachlässigende Bedeutung für die demokratische Kultur in Deutschland“ (ebd.:21), was erneut die Relevanz der vorliegenden Studie unterstreicht.

Die funktionale Einbettung der kommunalen Ebene in das staatliche Mehrebenensystem und die zunehmende vertikale Verflechtung der kommunalen Ebene mit der Landes- und Bundespolitik bei örtlichen Problemlagen spiegelt sich im Übrigen auch in der politischen Repräsentation durch Parteien wieder: Parteien sind demnach „programmatisch, funktional und personell integrierte Mehrebenenverbände“ (Holtmann 2013:791). Die lokale Ebene bietet den Bürgern außerdem vielfältige Partizipationsmöglichkeiten und repräsentiert für sie eine Identifikationsebene des politischen Systems. Bereits Tocqueville sah in der lokalen Ebene eine Sozialisationsinstanz für staatsbürgerliche Einstellungen (vgl. Vetter 2002:606). Nicht zuletzt stellt die lokale Ebene ein Rekrutierungsreservoir für Personal lokalpolitischer Gruppierungen dar (vgl. Holtkamp 2006:154).

Im Gegensatz zu Vertretern der juristisch geprägten Verwaltungswissenschaft, die die zentrale Aufgabe von Kommunen in ihrer Selbstverwaltung sehen

(vgl. Püttner 2007:385), betrachtet die Politikwissenschaft Kommunen gerade wegen dieses Auftrages und den damit implizierten Verteilungskonflikten vor allem als politische Einheiten im politischen System der Bundesrepublik. Politik findet nach Ansicht von Naßmacher und Naßmacher immer dann statt, „wenn es darum geht, unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten zu bewerten und sich zwischen (zumindest teilweise) einander ausschließenden Alternativen zu entscheiden“ (Naßmacher/Naßmacher:12). Diese Wahl zwischen unterschiedlichen Politikangeboten birgt somit unweigerlich Konfliktpotenzial auf kommunaler Ebene (vgl. auch Kannen 1996).

2.2 Politische Akteure auf kommunaler Ebene

Neben Parteien und Wählergemeinschaften sind als Akteure im kommunalen Bereich zunächst Vereine und Verbände zu nennen, denen eine systemintegrative Funktion inhärent ist (Luckmann 1970:175). Vereine sind demnach „Verdichtungs- und Aktivitätskerne gemeindlichen Lebens“ (Siewert 1978:82). Die vom Wesen her unpolitischen Vereine treten dann mit Politik in Verbindung, wenn es um die Verteilung finanzieller Hilfen geht: „Politische Bedeutung erhalten die Vereine, wenn sie versuchen, über die Ratsmitglieder, die gleichzeitig Vereinsbruder-/schwester sind, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen“ (ebd.:78). Dieses Zitat verdeutlicht die enge Verwobenheit zwischen der lokalen Gemeinschaft und der lokalen Politik, die wiederum durch Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelbewerber in lokalen Vertretungskörperschaften repräsentiert wird.

2.2.1 Parteien

Bevor erörtert wird, was Parteien von Wählergemeinschaften unterscheidet, soll geklärt werden, worin der Unterschied zwischen politischen Parteien und Vereinen besteht, und was die Hauptdefinitionsmerkmale von Parteien sind. Die Definition im Parteiengesetz lautet wie folgt:

„Im Unterschied zu den unpolitischen Vereinen sind Parteien nach dem deutschen Parteiengesetz Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausrei-

chende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein.“ (§ 2 I PartG 1994)

Vereine werden somit als gänzlich unpolitisch klassifiziert,² während Parteien mit dem Attribut ‚politisch‘ besetzt werden. Parteien verpflichten sich zudem laut o.g. Definition, dauerhaft an Bundes- und/oder Landtagswahlen teilzunehmen, was die o.g. „Festigkeit ihrer Organisation“ voraussetzt (ebd.). Dies entspricht auch der politikwissenschaftlichen Betrachtung, wonach eine Partei „eine auf Dauer angelegte Organisation politisch gleichgesinnter Menschen [ist, A.K.]. Parteien verfolgen bestimmte wirtschaftliche, gesellschaftliche etc. Vorstellungen, die (i.d.R.) in Parteiprogrammen festgeschrieben sind, sowie das Ziel, Regierungsverantwortung zu übernehmen“ (Schubert/Klein 2007:224).

Die kommunale Verankerung von Parteien spielt weder in der angeführten Parteidefinition im Parteiengesetz noch im politikwissenschaftlichen Parteibegriff eine Rolle. Zweifellos jedoch bildet und stabilisiert das Fundament einer Partei in Deutschland nicht zuletzt ihre Verankerung auf kommunaler Ebene.

Politikwissenschaftler sprechen mittlerweile gar von lokalen Parteisystemen (Naßmacher/Rudzio 1978, Gabriel 1991, Pollach et al. 2000, Reiser/Holtmann 2008, Kjaer/Elklit 2010). Zudem wird vor allem international vergleichend geprüft, inwiefern sich lokale Parteisysteme den jeweiligen nationalen anpassen oder sich „fragmentarisieren“ (Anckar 2000, Lago/Montero 2010). Zusammenfassend kann politikwissenschaftlich gesehen auch für die lokale Ebene festgehalten werden: 'Parties do matter'. Doch gilt dies auch für kommunale Wählergemeinschaften? Und wie lassen sich kommunale Wählergemeinschaften von Parteien wissenschaftlich abgrenzen?

2.2.2 *Kommunale Wählergemeinschaften*

Wählergemeinschaften kennzeichnen ebenso wie Ortsparteien die kommunale Ebene Deutschlands. In Westdeutschland existieren Wählergemeinschaften bereits seit den Anfängen der Bundesrepublik vor allem in Süddeutschland. Zwar mussten sie aufgrund von Gemeindegebietsreformen in den 1970er Jahren Stimmenverluste hinnehmen (Stöss 1981:2396, vgl. auch Holtmann 2009) – zu einem Niedergang des Konzepts „Kommunale Wählergemeinschaft“ führte dies jedoch nicht. Rückblickend schien die flächendeckende Verbreitung von Wäh-

2 Dies sei ergänzt durch den Hinweis auf die Befunde des bereits erwähnten SFB 580-Teilprojektes A6, wonach auch Vereine zu den Kommunalwahlen in Thüringen im Jahr 2004 antraten, um „kommunalpolitische Präsenzlücke[n]“ politischer Parteien zu schließen (Göhlert 2008:60). Vereine als gänzlich unpolitisch zu bezeichnen, fällt nach Kenntnis dieser Befunde schwer.

lergemeinschaften in Gemeinde- und städtischen Parlamenten sowie Kreistagen in Westdeutschland „nur eine Frage der Zeit zu sein“ (ebd.). Die Wahlanalysen des Teilprojektes A6 des Sonderforschungsbereiches 580, das sich wissenschaftlich mit kommunalen Wählergemeinschaften beschäftigte, zeigen, dass Wählergemeinschaften seit 1990³ auch in ostdeutschen Kommunalparlamenten hauptsächlich steigende Stimmanteile verbuchen können (ebd.). Dass diese Stimmenanteile teilweise nicht unerheblich sind, zeigen die thüringischen Kommunalwahlen des Jahres 2009: Mit 53,3 Prozent erhielten kommunale Wählergemeinschaften über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen (Holtmann et al. 2012:151). Trotz ihrer systemischen Relevanz bezeichnen Holtmann et al. (2012) kommunale Wählergemeinschaften als „Die Anderen“. Was genau nun an Wählergemeinschaften im Vergleich zu Parteien „anders“ ist und welche Schnittstellen bestehen, wird in den nachfolgenden Kapiteln erörtert.

2.2.2.1 Definition kommunaler Wählergemeinschaften

Bereits 1981 bezeichnete Stöss Wählergemeinschaften als „sehr komplexe[s] Phänomen“ (2394). Stöss schlug vor, Wählergemeinschaften „hinsichtlich ihrer organisatorischen Festigkeit“ zu differenzieren (ebd.) und zwischen locker organisierten Unterschriftengemeinschaften und auf Dauer angelegten Wählergruppen zu unterscheiden. Gleichwohl merkte Stöss an, dass aus „wahlstatistischen Gründen“ jedoch eine „Sammelbezeichnung notwendig“ sei und riet zur Verwendung der Begriffe „kommunale Wählergemeinschaft oder kommunale Wählervereinigung“ (ebd.).

Ähnlich fasst dies die Hallenser Forschergruppe um Everhard Holtmann auf, die Wählergemeinschaften als kommunalpolitische Akteure in Ost- und Westdeutschland untersuchte. Wählergemeinschaften werden von dem SFB 580-Teilprojekt A6 als „Interessensorganisationen“ verstanden, „die bei Kommunalwahlen zu den Vertretungskörperschaften antreten und keine Parteien im Sinne des deutschen Parteiengesetzes sind“ (Reiser/Holtmann 2009:192, vgl. auch Becker/Rüther 1976:280). Ebenso wie bei Parteien wird somit auch bei Wählergemeinschaften ein gewisser Grad an organisatorischer Stabilität vorausgesetzt, ohne die ein Antritt zu Kommunalwahlen nicht möglich wäre (Reiser/Holtmann 2009:192).

In definitorischer Hinsicht stellen somit Parteien *die* zentrale Referenzkategorie für Wählergemeinschaften dar. Während Parteien bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen antreten, schließen kommunale Wählergemeinschaften

³ Sofern die Wahldaten für die ostdeutschen Bundesländer dieses Jahres zentral vorhanden waren (vgl. dazu Göhlert 2008:19-20).

wegen ihres Fokus‘ auf die lokale Ebene dies aus. Gleichwohl merken jedoch einige Autoren an, dass zahlreiche Wählergemeinschaften bestrebt sind, sich in Landesverbänden oder auf Bundesebene zu organisieren (Weitzker 2008:9, vgl. auch Stöss 1981, Reiser/Krappidel 2008) – in Form der „Freien Wähler“. Morlok und Merten (2011) verdeutlichen bereits im Titel ihres Aufsatzes, wie sie diese Art von Wählergemeinschaften juristisch einordnen: „Partei genannt Wählergemeinschaft“. Die Autoren vertreten die Ansicht, dass der Anspruch einer Wählergemeinschaft, keine Partei zu sein, und der damit behauptete Fokus auf Sachpolitik die Unterordnung von Wählergemeinschaften unter den Parteibegriff nicht ausschließt (ebd.:133). So ist es gerade dieses Bestreben, an einer Landes- oder Bundestagswahl teilzunehmen, was Morlok und Merten als eine Kerneigenschaft von Parteien definieren (ebd.:134).

Einen politikwissenschaftlich angelegten Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden, was Wählergemeinschaften in Abgrenzung zu Parteien sind, stellt der Ansatz von Reiser dar (2011, vgl. auch Reiser 2008). Vor dem Hintergrund des internationalen Vergleiches von Wählergemeinschaften entwickelte Reiser (2012) dieses Schema, um Wählergemeinschaften zum einen nach dem Grad ihres lokalen Bezuges und zum anderen nach dem Grad ihrer Un-/Abhängigkeit von Parteien zu klassifizieren (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Klassifizierungsschema für lokalpolitische Gruppierungen

		Un-/Abhängigkeit von einer Partei	
		unabhängig	Abhängig
Fokus	nur lokal	I Kommunale Wählergemeinschaften	II „Tarnlisten“
	lokal und überlokal	III multi-level organisierte Freie Wähler	IV Lokale Organisationen der überlokalen Partei: Ortsverein/Ortsverband

Quelle: In Anlehnung an Reiser 2012:80.

Rein lokal ausgerichtete Wählergemeinschaften ohne Parteienabhängigkeit wären demnach dem ersten Quadranten zuzuordnen. Die Freien Wähler, die hauptsächlich lokal, darüber hinaus jedoch in zahlreichen Landesverbänden und mehrheitlich auch im Bundesverband der Freien Wähler organisiert sind, würden den dritten Block bilden. Darunter sind nach Reiser nur die Freien Wähler zu zählen, die zwar auch überlokal organisiert sind, jedoch nicht zu Landtags- oder Bundestagswahlen antreten wie etwa die Freien Wähler Bayern (2012:80). Die lokalen Gliederungen national oder landesweit agierender Parteien bilden den vierten Quadranten.

Den noch fehlenden zweiten Quadranten besetzen Tarnlisten nationaler Parteien. Aus wahltaktischen Überlegungen treten Parteien auf lokaler Ebene nicht als Partei, sondern als scheinbar unpolitische Wählergemeinschaft (Reiser 2012:77) bzw. als eine ausschließlich lokale Aspekte fokussierende Liste an. Zudem geht auch die international vergleichende Forschung von der Existenz von Wählergemeinschaften aus, die Holtmann als „clandestine sub-species“ benennt (2008a:12), und die beispielweise in Belgien als „pseudo local lists“ (Steyvers et al. 2008: 172-173), in Polen als „hidden party lists“ (Dudzińska 2008:123) und in Kroatien als „hidden or reserve lists“ bezeichnet werden (Koprić 2008:54).

Der Blick über den nationalen Tellerrand hinaus verdeutlicht, dass die oben beschriebene deutsche Definitionsdiskussion um Wählergemeinschaften hauptsächlich an einem legalistischen Parteibegriff ausgerichtet ist. Im internationalen Vergleich hingegen werden Wählergemeinschaften zumeist anhand nominaler Kriterien definiert (vgl. Reiser 2008, Reiser 2012). So gehen beispielweise Steyvers et al. (2008) in ihrem NAPA-Model davon aus, dass das „classical criterion to study the presence of local lists in the municipal party system [...] simply nominal“ ist (171). Zumindest in Deutschland ist es aber schwierig, nur anhand des Namens einer politischen Gruppierung zu ergründen, ob es sich um eine Partei oder Wählergemeinschaft handelt. Unpolitische Namen wie „Alternatives Bündnis für soziale Gerechtigkeit“⁴ oder Namen, die im Gegensatz zur Verfasstheit von Parteien auf die Informalität der jeweiligen Gruppierung hinweisen, wie beispielsweise „Initiative Direkte Demokratie“⁵ lassen auf den ersten Blick schwerlich darauf schließen, dass es sich in beiden Fällen um Parteien handelt. Somit zeigt vor allem der Typus der Tarnliste die Grenzen der Unterscheidbarkeit zwischen Wählergemeinschaften und Parteien sowie der damit verbundenen legalistischen und nominalen Definitionsansätze auf (Reiser 2012:77).⁶

2.2.2.2 Selbstverständnis kommunaler Wählergemeinschaften

Ihrem Selbstverständnis nach stehen kommunale Wählergemeinschaften für all das, wofür ihrer Ansicht nach Parteien nicht eintreten: Sachpolitik, Unabhän-

⁴ Diese Kleinpartei spaltete sich von der WASG ab und trat erstmals 2006 zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an.

⁵ Diese Kleinpartei trat erstmals 2012 zur Landtagswahl im Saarland an.

⁶ Nach geografischen und nominalen Gesichtspunkten differenziert beispielweise Dudzińska 2008, während Steyvers et al. Wählergemeinschaften nach dem Grad der Denationalisierung und der Unabhängigkeit von Parteien unterscheiden (2008:171, vgl. auch Reiser 2012). Ebenfalls nach dem Grad der Unabhängigkeit von Parteien beschreiben Copus et al. Wählergemeinschaften in Großbritannien (2008:265).

gigkeit und den ausschließlichen Einsatz für lokale Belange. Wählergemeinschaften sehen in Parteien somit ihre zentrale Referenzkategorie (vgl. Stöss 1981, Krappidel et al. 2013) und lehnen deren vermeintlichen Ideologiefokus vehement ab.

Kritisch setzte sich Lütjen (2012) mit dem Selbstanspruch der Freien Wähler auf Ideologiefreiheit auseinander.⁷ Während sich Parteien von einem „Korsett fester, aber längst nicht mehr zeitgemäßer Grundsätze“ leiten ließen (ebd.:160), verbänden die Freien Wähler Ideologiefreiheit mit ihrem Anspruch auf Sachpolitik und brächten diesen in Verbindung mit Vorurteilsfreiheit, Aufklärung und Rationalität. Lütjen bemängelt, dass es den Freien Wählern an konkreten Vorschlägen fehle, wie Sachpolitik durch Sachverstand umgesetzt werden solle (ebd.). Im Übrigen sei angemerkt, dass der Vorrang von Sachpolitik vor Parteipolitik nicht nur Ausdruck des Selbstverständnisses von Wählergemeinschaften ist, sondern auch vier Fünftel der Mandatsträger von Ortsparteien diesem Prinzip folgen (Reiser/Krappidel 2008:92).⁸ Insofern stellt das Primat der kommunalen Sachpolitik (Holtmann 2008b:8) keine alleinige Besonderheit kommunaler Wählergemeinschaften, sondern vielmehr der lokalen Ebene bzw. ihrer politischen Akteure insgesamt dar.

Im Widerspruch zum sachpolitischen Anspruch sieht Lütjen die zweite zentrale ideologiekritische Forderung der Freien Wähler, wonach lokalpolitische Probleme ausschließlich durch gesunden Menschenverstand gelöst werden sollten (2012:161). Als eigentlichen „Markenkern“ (ebd.:163) im Selbstverständnis Freier Wählergemeinschaften führt Lütjen als Drittes die Gemeinwohlorientierung an und kritisiert die damit verbundene harmonistische Vorstellung von Politik seitens der Freien Wähler. Lütjen stellt fest, dass die Freien Wähler Parteien demnach unweigerlich mit Ideologien assoziierten, sie in Verbindung mit Partikularität bzw. unterschiedliche Interessenslagen brächten, weshalb aus ihrer Sicht Parteien dem Gemeinwohl diametral entgegenstünden.

In einer aktuellen Abhandlung über das Selbstverständnis von Wählergemeinschaften untersuchten Krappidel, Plassa und Runberger die Identitätskonstruktionen von Wählergemeinschaften im Vergleich zu Parteien (Krappidel et

⁷ Dazu muss einschränkend angemerkt werden, dass sich Lütjens Analyse auf die Argumentationsfiguren der Freien Wähler stützt und deswegen kein Anspruch auf methodische Genauigkeit und Repräsentativität seiner Ausführungen besteht (Lütjen 2012:158). Die folgenden Ausführungen zu Lütjens Beitrag finden sich in ähnlicher Weise zusammengefasst bei Krappidel et al. 2013.

⁸ In kleinen Gemeinden mit bis zu 5000 Einwohnern stimmen diesem Prinzip genauso viele Vertreter von Parteien wie von Wählergemeinschaften zu (jeweils 97 Prozent). Diese Ergebnisse stammen aus einer Umfrage mit Fraktionsvorsitzenden von Parteien und Wählergemeinschaften von 2005/2006, die im Rahmen des SFB 580-Teilprojektes A6 „Kommunale Wählergemeinschaften“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg durchgeführt wurde (vgl. Reiser/Krappidel 2008:92).

al. 2013). Zwar konnten die Autoren verschiedene identitäre Abgrenzungsdimensionen bei Wählergemeinschaften wie etwa die programmatische, finanzielle sowie strukturelle Unabhängigkeit rekonstruieren, jedoch verdeutlichten sie einmal mehr den Zwiespalt der Parteifreien zwischen ihrem apolitischen Anspruch einerseits und ihrem politischem Handeln in Kommunalparlamenten andererseits (ebd.). Holtmann et al. kommen hierbei zu dem Schluss, dass die „Metapher vom „Januskopf der Ortsparteien“ [...] um die ebenso janusköpfige Performanz der Parteifreien ergänzt werden“ muss (2012:169). Während die lokalen Gliederungen der Parteien ihren Parteicharakter in den kommunalen Parlamenten ablegen, ist umgekehrt eine Angleichung kommunaler Wählergemeinschaften in Richtung lokaler Parteien festzustellen: So wiesen sie eine den Kommunalparteien ähnliche Themenbreite auf und akzeptierten ebenso wie Ortsparteien konfliktorische Regelungsmuster als „Logik kommunalpolitischen Handelns und Aushandelns“ (ebd.:165).

2.2.2.3 Wählergemeinschafts-Typologie

In dem bereits erwähnten Hallenser Forschungsprojekt zu kommunalen Wählergemeinschaften (vgl. Kapitel 2.2.2) wurde versucht, das heterogene Phänomen der Wählergemeinschaften erstmals wissenschaftlich umfassend zu beschreiben und zu typologisieren (vgl. Holtmann et al. 2008). Nach derzeitigem Kenntnisstand lassen sich verschiedene Dimensionen konstatieren, entlang derer sich Wählergemeinschaften bestimmten Subtypen zuordnen lassen.

Zunächst lassen sich einige Typologisierungsansätze unter dem strukturellen Aspekt der formalen Verfasstheit von Wählergemeinschaften gruppieren. Darunter fallen zum einen die oben beschriebenen parteiähnlichen Wählergemeinschaften, die sich zwar unter Dachverbänden auf Landesebene bündeln, jedoch nicht zu Landtagswahlen antreten und demnach nicht unter das deutsche Parteiengesetz fallen (vgl. Kapitel 2.2.2.1). Zum anderen zeigt sich in den Untersuchungen der Hallenser Forscher ein weiterer Wählergemeinschafts-Idealtypus der lokalen Vereine (vgl. Fußnote 2). Diese Vereine können ihre Interessenvertretung nicht, wie oben erwähnt, politischen Parteien überlassen, da in ihrer Kommune keine Ortsverbände von Parteien existieren. Diese Art von Wählergemeinschaften existiert „vor allem in kleinen Gemeinden Ostdeutschlands. Es handelt sich dabei um Vereine wie die Freiwillige Feuerwehr oder Sportvereine, die in Gemeinden zu Kommunalwahlen antreten.“ (Reiser/Krappidel 2008:95, vgl. auch Reiser 2006). Holtmann bezeichnet diesen Typus von Wählergemein-

schaften als Substitute politischer Parteien bzw. als Ersatzparteien (Holtmann 2008a:12).⁹

Neben diesem strukturellen Aspekt lassen sich Wählergemeinschaften auch nach inhaltlichen Merkmalen typisieren. So existieren Wählergemeinschaften alten Typs, die die klassischen konservativen Wähler der Parteilosen und die dementsprechenden Zielgruppen des alten Besitzmittelstandes von Handel, Handwerk und Gewerbe repräsentieren (vgl. auch für Ostdeutschland Naßmacher 1996:173). Demgegenüber bestehen Hinweise auf den sog. neuen Typus kommunaler Wählergemeinschaften, der die postmaterialistischen Interessen der neuen Mittelschichten vertritt (vgl. Holtmann 1992). Quantitativ konnte dieser Typus jedoch bislang nicht eindeutig nachgewiesen werden (Reiser/Krappidel 2008:94, Holtmann et al. 2012:166).

Des Weiteren lassen sich unter inhaltlichen Gesichtspunkten sog. single-issue-Gruppierungen fassen, die wegen eines Großprojektes bzw. wegen des damit verbundenen Protestes gegründet werden (wie z. B. der geplante Ausbau eines Flughafens oder die diskutierte Schließung einer Schule). Diese single-issue-Wählergemeinschaften haben jedoch eine vergleichsweise kurze Halbwertszeit, lösen sie sich doch nach Beendigung des Protestprojektes wieder auf (vgl. Reiser/Krappidel 2008:95).

Einen weiteren Typus von Wählergemeinschaften, jedoch als Grenzfall im Verhältnis von Parteien und kommunalen Wählergemeinschaften, stellen die o.g. Tarnlisten dar (vgl. Tabelle 1). Tarnlisten sind Vereinigungen von Personen, die mit einer Nicht-Partei-Liste zu Kommunalwahlen mit der wahltaktischen Absicht antreten, durch ihre namentliche Offenheit mehr Wählerstimmen zu erlangen, als dies bei einem Parteiantritt der Fall wäre. Diese Tarnlisten sind jedoch aufgrund ihres ideologischen, programmatischen, personellen, strukturellen und/oder organisatorischen Bezuges keinesfalls unabhängig von politischen Parteien (Reiser 2012:80) und können bei allen Parteien auftauchen.¹⁰

2.3 Rechtsextremismus als wissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand

Wie Wählergemeinschaften definitorisch gefasst werden können, wurde in den vorangegangenen Ausführungen diskutiert. Das zweite theoretische Gerüst die-

⁹ Empirisch dürfte die Klassifizierung solcher genuin kommunalen Wählergemeinschaften sehr aufwändig sein, da dies eine Prüfung einer jeden Wählergemeinschaft in Deutschland bezüglich ihrer Organisation in einem Landes- oder Bundesverband nach sich ziehen würde.

¹⁰ Als Tarnlistenbeispiel kann die CSU-Tarnliste älteren Datums „Junge Liste“ angeführt werden (vgl. DER SPIEGEL v. 26.02.1990). Im Jahr 2008 klagte die SPD vor dem Würzburger Verwaltungsgericht gegen die Rechtmäßigkeit der CSU-Tarnliste „Neue Mitte“ (Kümmel 2008).

ser Arbeit stellt die Rechtsextremismusforschung dar. Geklärt werden soll, was unter dem Attribut „rechtsextrem“ zu verstehen ist und wie sich rechtsextreme Wählergemeinschaften in die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einfügen.

2.3.1 Über die Amorphie des Rechtsextremismusbegriffs

Obwohl das Phänomen des Rechtsextremismus seit Ende der 1950er Jahre erforscht wird, konnte bis heute in der Fülle von Ansätzen und Untersuchungen aus unterschiedlichen Disziplinen wie etwa der Politik- und Erziehungswissenschaft, Psychologie oder auch der Soziologie kein einheitlicher sozialwissenschaftlicher Begriff entwickelt werden (Kleinert/Rijke 2000:168, Backes 2003:16, Stöss 2005). Je nach Autor und Anwendungsbereich wird der zu den amorphesten Begriffen der Sozialwissenschaften gehörende Rechtsextremismusbegriff (Winkler 2000:39) unterschiedlich an- bzw. ausgelegt. Sehr oft orientiert sich die Verwendung des Begriffs des Rechtsextremismus am amtlichen Begriffsverständnis in Deutschland. Die Wissenschaft hingegen ist tief gespalten hinsichtlich der Fragen, ob bzw. welche Schnittmengen zwischen Links- und Rechtsextremismus existieren und ob von einem Extremismus innerhalb der Mitte der Gesellschaft ausgegangen werden kann.

2.3.1.1 Amtlicher Begriff

Zwar ist der Extremismus-Begriff im Grundgesetz Deutschlands nicht verankert (vgl. Stöss 2005), jedoch wird er über die Grundsätze der wehrhaften Demokratie indirekt umrissen. Nach dem Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ kann sich die Bundesrepublik Deutschland gegen verfassungsfeindlich gesinnte Personen bzw. Gruppierungen schützen. Neben strafrechtlichen Mitteln kann der Staat auf das Instrument der Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG) sowie auf das Verbot von Vereinen (Art. 9 II GG) und politischen Parteien (Art. 21 II GG) zurückgreifen (Stöss 2005:14).

Eine Partei kann in Deutschland verboten werden, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik nicht anerkennt, ablehnt, ihr andere Prinzipien entgegensetzt und sie aktiv bekämpft. Diese Bestimmung findet sich im BVerfG-Urteil zum KPD-Verbot von 1956, in dem weiter konkretisiert wird, wann verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen: „Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung [vorliegen, A.K.], sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung

Verhalten rechtsextremer und demokratischer
Kommunalpolitiker
Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von
Wählergemeinschaften und Parteien
Krappidel, A.
2016, XVI, 271 S. 20 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-12807-4